

MÜNCHEN/SCHWEINFURT

Freistaat hat Bedingungen für Reaktivierung von Bahnstrecken



Henry Stern

24. September 2019
17:39 UhrAktualisiert am:
29. September 2019
02:10 Uhr

Erfüllt bislang nicht die Kriterien des Freistaats zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken: Die Bahntrasse der stillgelegten Steigerwaldbahn, hier in Stadeltschwarzach. Foto: Michael Mößlein

Die Staatsregierung zeigt sich grundsätzlich offen für die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken in Bayern – stellt für eine Unterstützung des Freistaats allerdings klare Bedingungen. Grundvoraussetzung sei ein klarer Konsens der betroffenen Kommunen und Landkreise für die Reaktivierung, sagte der zuständige Ministerialbeamte Markus Lang im Verkehrsausschuss des Landtags. Dieser [Konsens liege etwa bei der heftig umstrittenen Steigerwaldbahn zwischen Schweinfurt und Gerolzhofen bislang nicht vor](#).

Voraussetzung: 1000 Fahrgäste pro Tag

Darüber hinaus müsse das Projekt aber vier weitere Hürden nehmen: So müsse eine Fahrgast-Prognose eine Auslastung der Strecke von mindestens 1000 Reisenden pro Werktag ergeben. Dieses Ziel sei nicht zu hoch gegriffen, findet Lang: Bei einem stündlichen Takt in beiden Richtungen verkehrten 38 Züge täglich, was im Durchschnitt eine Belegung von nur rund 25 Fahrgästen ergebe.

Zweitens müsse die Strecke ohne finanzielle Beteiligung des Freistaats wieder in Betrieb gesetzt werden. Drittens müsse ein Bahn-Betreiber gefunden werden, der die Strecke zu angemessenen Kosten betreibt. Und viertens müssten die betroffenen Kommunen und Landkreise ein Buskonzept festlegen, "das auf die neue Schienen-Verbindung ausgerichtet ist".

"Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt nicht, dass jeder einen Schienenanschluss haben muss."

Markus Lang, Ministerialbeamter

Laut Lang gibt es bereits einige Reaktivierungsprojekte, die unter diesen Voraussetzungen derzeit wieder aufs Gleis gesetzt werden sollen – darunter etwa die [Mainschleifenbahn](#) Volkach–Seligenstadt, für die es bereits eine positive Fahrgastprognose gibt, oder die [Verbindung Lohr Bahnhof–Lohr Stadt](#), für die zumindest ein positiver Beschluss der Kommune vorliegt.

"Ideologie führt nur zu leeren Zügen"

Die Opposition im Landtag kritisierte vor allem die strikten Vorgaben des Freistaats an die Fahrgastzahlen: 1000 Reisende pro Tag seien in Ballungszentren deutlich leichter zu erreichen, als im ländlichen Raum, warnte der FDP-Abgeordnete Alexander Muthmann. Die SPD-Abgeordnete Inge Aures sprach gar von einer "willkürlichen Grenze". Der Grüne Jürgen Mistol glaubt zudem, dass ein besseres Zugangebot erst mehr Nachfrage schafft. Die Planung müsse deshalb "perspektivisch" erfolgen.

"Ideologie führt nur zu leeren Zügen", warnte dagegen der CSU-Abgeordnete Jürgen Baumgärtner. Eine Diesellok brauche jedoch vier Mal so viel Treibstoff wie ein Überlandbus. "Die Bahn ist eben ein Massenverkehrsmittel", findet auch Ministeriums-Mann Lang: "Und gleichwertige Lebensverhältnisse heißt nicht, dass jeder einen Schienenanschluss haben muss."

